

## Leitartikel

# Das Schweigen der Muslime

Von Fridolin M. Rüb

„IS hat nichts mit dem Islam zu tun, Al-Kaida hat nichts mit dem Islam zu tun, Boko Haram hat nichts mit dem Islam zu tun. Dann zeigt uns bitte: Wo ist der richtige Islam? Wo? Wir sehen ihn nicht“, klagt ein Priester in einem Flüchtlingscamp in Erbil. Die vor den mörderischen Milizen des „Islamischen Staates“ aus Mossul geflohenen Christen berichten, ihre arabischen Nachbarn hätten keinerlei Solidarität gezeigt. Weder öffentlich noch privat. Ein Bischof klagt, er habe auch von seinen gebildeten muslimischen Bekannten nicht ein Zeichen des Mitgefühls erhalten.

Die von Imamen und Verbänden hierzulande wieder und wieder heruntergeleitete Behauptung, der Terror und die Gräueltaten des IS hätten nichts mit dem „wahren Islam“ zu tun, klingt angesichts der Not der nicht nur durch den „Islamischen Staat“ und nicht nur in Irak und Syrien bedrängten, von Vertreibung und Mord bedrohten vielen Tausenden Christen gar manchem beinahe schon wie Hohn.

Die Frage bleibt: Was ist der wahre Islam, wie ist er und wo ist er zu verorten? Und

**2003 lebten 1,6 Millionen Christen im Irak. Jetzt sollen es noch höchstens 200.000 sein.**

wenn es ihn denn gibt, diesen „wahren Islam“, dann wäre es höchste Zeit, dass seine wichtigsten religiösen Führer sich nicht länger darauf beschränken, in Talkshows die Friedfertigkeit des Islam zu betonen, sondern endlich öffentlich gegen alle totalitären und menschenverachtenden Auswüchse im Namen des Islam protestieren und die Muslime zur tätigen Solidarität mit den verfolgten, von Vertreibung und Mord bedrohten Christen und Jesiden aufrufen. Wo bleibt der Sturm des Protestes und der Scham angesichts der Gräueltaten des IS, der Al-Kaida oder der Boko Haram?

Wenn irgendwo im Westen ein Blatt eine grenzwertige Mohammed-Karikatur druckt, dann kann man sicher sein, dass binnen kürzester Zeit Muslime weltweit mit Massendemonstrationen und wütenden Protesten ihrem Zorn Ausdruck verleihen, wobei vielen Muslimen Gewalt – wie das Stürmen von Konsulaten und das Plündern westlicher Firmen und Einrichtungen – als quasi selbstverständliche Option gilt. Wenn aber Christen auf islamischem Gebiet zu Tausenden drangsaliert, vertrieben oder ermordet werden, dann hört man muslimischerseits nichts außer dem – mittlerweile sattsam bekannten – treuherzig betuernden Hinweis, dass der „wahre Islam“ eine friedfertige Religion sei.

Was aber sind die Gründe für dieses unübliche Wegducken der, wie das Karikaturen-Beispiel zeigt, doch sonst so leicht erregbaren islamischen Welt? Ist es nur die achselzuckende Gleichgültigkeit des „Was geht mich das an?“ angesichts des massenhaften Mordens unter Missbrauch des Namens Allahs?

Es wäre schlimm genug. Oder steckt was anderes dahinter? Ist der eigentliche Grund für die fehlende Solidarität der Muslime mit den verfolgten Christen die Furcht vor eventuellen Repressalien durch die Radikalen in den eigenen islamischen Reihen? Oder könnte, man will gar nicht daran denken, weil das die schlimmste aller Möglichkeiten wäre, dieses Wegducken sogar Ausdruck bewusster oder unbewusster Zustimmung sein zum Treiben der Mörderbanden des „Islamischen Staates“?

Wegducken, sich wenn irgend möglich nur ja nicht öffentlich zu positionieren und so in Gefahr zu geraten, von den politisch korrekten Menschenfreunden dieses Landes als fremdenfeindlicher, islamophober Zeitgenosse an den medialen Pranger gestellt zu werden, scheint auch die Maxime vieler unserer Po-

litiker zu sein. Da wird zwar in Sonntagsreden und Talkshows über die Gräueltaten der IS-Horden und die Not der unzähligen Flüchtlinge geschwafelt und darüber schwadroniert, wie man irgeleitete junge Muslime davon abhalten kann, nach Syrien und Irak in den Dschihad zu ziehen. Doch dass der „Islamische Staat“ dabei ist, das Christentum in Syrien und Irak total auszulöschen, scheint die meisten Politiker nicht sonderlich aufzuregen. Das Schicksal der bedrängten orientalischen Christen ist anscheinend höchstens noch als Fußnote der Erwähnung wert.

Doch nicht nur die Politiker, sondern auch die Vertreter der Amtskirchen üben sich in der zweifelhaften Kunst des Wegduckens. Aus Angst, womöglich als Klerikale von vorgestern zu gelten, wird auch hier nicht dezidiert und kontinuierlich auf die existenzielle Not der orientalischen Christen hingewiesen, wird zu wenig tätige Solidarität eingefordert und geübt.

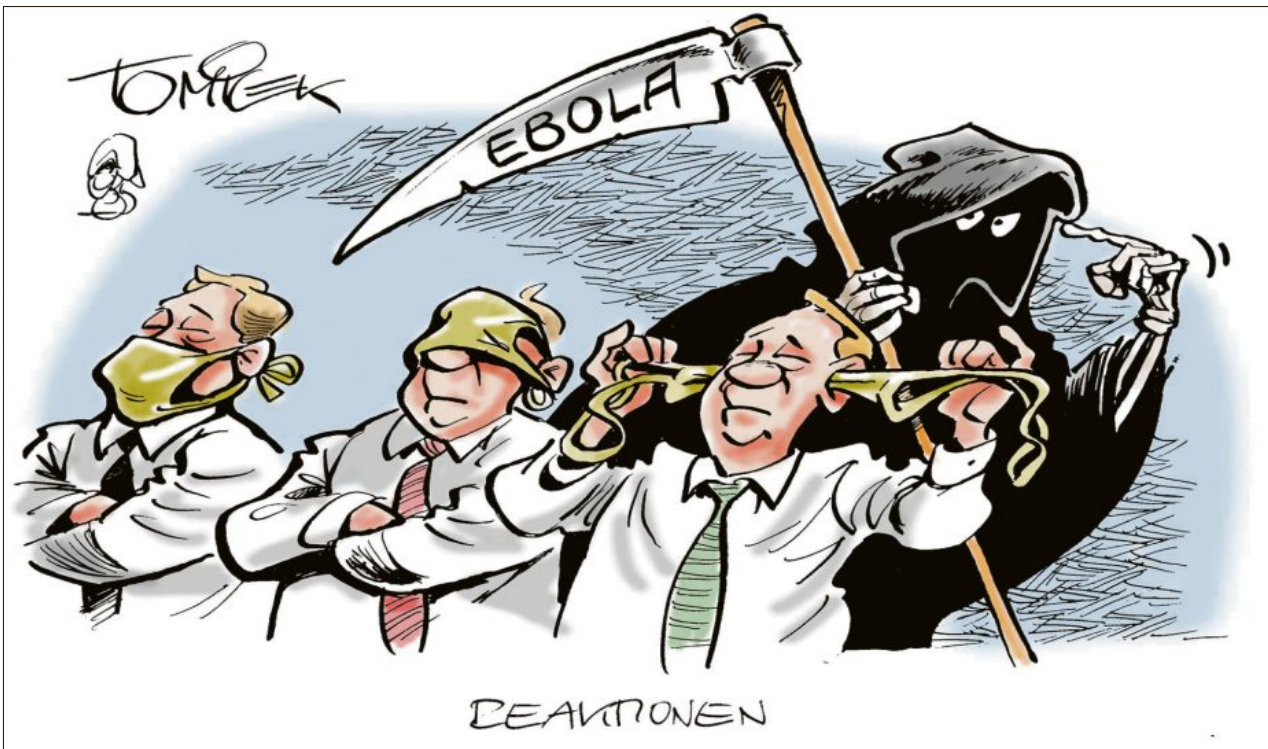
Die deutschen Muslime bestehen darauf, dass der Islam zu Deutschland gehört. Und niemand hindert sie hierzulande an der Ausübung ihrer Religion.

Überall in Deutschland entstanden Moscheen und entstehen weiterhin Moscheen. So darf im Gegenzug von den muslimischen Mitbürgern erwartet werden, dass sie sich öffentlich dazu bekennen, dass auch das Christentum zum Orient gehört.

Seit 1800 Jahren, also noch vor Mohammeds Geburt, leben Christen in der Ninive-Ebene im heutigen Irak. Der ganze Orient war christlich. Auch nach dem Siegeszug der arabischen Eroberer und der weitgehenden Islamisierung des Nahen Ostens gab es noch große christliche Minderheiten. Nach Auskunft des chaldäischen Erzbischofs von Mossul, Emil Shimoun Nona, lebten vor dem Einmarsch der Amerikaner 2003 im Irak noch 1,6 Millionen Christen. Inzwischen sollen es noch zwischen 150.000 und 200.000 sein. „Und jeden Tag verlieren wir 100 bis 200 Christen“, sagt Erzbischof Nona. Und er sieht das Christentum im Irak zu Ende gehen.

Erzbischof Nona verweist auf die lange Geschichte christlicher Präsenz im Zweistromland. Die Christen hätten sogar die Barbaren Dschingis Khans überstanden. „Und auch als die Mongolen da waren, wurden Gebete gesprochen und die Kirchenglocken geläutet.“ Aber jetzt, seit jenem 6. August, als die Terrormiliz des „Islamischen Staates“ über die Stadt herfiel, läute in Mossul keine Glocke mehr.

Der Vorsitzende der chaldäisch-katholischen Bischofskonferenz, Patriarch Louis Raphael Sako, richtete unter dem Titel „Vergesst uns nicht!“ einen dramatischen Hilferuf an die Welt. Nachfolgend ein Auszug: „Auch die muslimische Gemeinschaft scheint uns vergessen zu haben – was ihre Repräsentanten zu den barbarischen Akten gegen das Leben, die Würde und die Freiheit der Christen im Namen ihrer Religion gesagt haben, war nicht das, was wir uns erhofft haben. Sie müssen doch wissen, wie sehr sich die Christen für dieses Land eingesetzt haben, wie sie in einer islamisch geprägten Gesellschaft selbstverständlich in Partnerschaft mit ihren muslimischen Schwestern und Brüdern gelebt haben. Doch der religiöse Fundamentalismus wächst und wird stärker, er gebiert Gewalt. Wann endlich werden die islamischen Theologen und die muslimischen Intellektuellen dieser gefährlichen Entwicklung entgegengetreten? Wann endlich werden sie den Fundamentalismus bekämpfen, indem sie das wahre Verständnis von Religion lehren – dass man den anderen als Bruder annimmt und als gleichen Bürger mit gleichen Rechten?“



## Kluft zwischen Lehre und Realität

Am Wochenende beginnt in Rom Bischofstreffen zu Ehe und Familie

Von Daniel Rademacher, dpa

Scheidung, Abtreibung und Homo-Ehe: Es könnte wohl weniger heikle Themen geben, mit denen sich die katholischen Bischöfe ab diesem Sonntag in Rom zwei Wochen lang beschäftigen werden. Im Zentrum: Papst Franziskus, der zu der außergewöhnlichen Versammlung im Vatikan eingeladen hat. Von einer Weichenstellung seines Pontifikats ist im Vorfeld gar die Rede. Doch es mehren sich die Stimmen von Kirchenoberen, die sagen: Bei Ehe und Familie müssen zwar neue Realitäten anerkannt werden, die kirchliche Lehre wird sich aber nicht ändern.

Solchen neuen Wirklichkeiten wollen sich die Synodenväter stellen. Bahnbrechende Neuerungen oder gar definitive Entscheidungen sind von dem Treffen, das am Sonntag vom Papst eröffnet wird, aber nicht zu erwarten. Vielmehr soll die Synode, an der neben den Vorsitzenden der Bischofskonferenzen auch einige Laien teilnehmen, Vorarbeit leisten für eine weitere im kommenden Jahr zum gleichen Thema.

Grundlage für die Arbeit der Synode, die den offiziellen Titel „Die

pastoralen Herausforderungen im Hinblick auf die Familie im Kontext der Evangelisierung“ trägt, ist ein knapp 90 Seiten starkes Papier. Es entstand auf Basis einer Umfrage unter den 114 nationalen Bischofskonferenzen im Auftrag von Papst Franziskus. Das Oberhaupt der Katholiken wollte es genau wissen. Und erstmals überhaupt wurde nach der Haltung der gewöhnlichen Kirchenmitglieder gefragt.

Worum geht es konkret? Zwar hält das Papier „Instrumentum Laboris“ daran fest, dass die Ehe zwi-

schen Mann und Frau Grundlage der Familie sei. Vor allem in Europa und Amerika seien aber „wilde Ehen“ längst keine Experimente mehr, sondern stabile Lebensformen. Das Dokument hält ganz deutlich fest, dass es ein verbreitetes Unbehagen von Gläubigen an der Kirchenlehre zu Ehe, Familie und Sexualität gibt. So könnten weltweit viele Menschen nicht verstehen, warum etwa wiederverheirateten Geschiedenen die Kommunion verweigert werde, ehemalige Priester aber dazu zugelassen seien.



Papst Franziskus lässt die Bischöfe in Rom versammeln.

(Archivfoto)



## HAUPTSTADTKOLUMNE

Von Klaus Sterzenbach



## November im Oktober

Die Robbe in der Nordsee. Und die Köcherfliegenlarve am Dresdner Elbufer. Die freuen sich. Ohne die deutsche Einheit wäre die eine von dem ehemals dreckigsten Fluss Europas vergiftet worden und die andere wäre gar nicht erst da. Angela Merkel und Joachim Gauck freuen sich auch. Ohne die deutsche Einheit wären sie nicht da, wo sie heute sind. Wobei keiner sagen kann, ob die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident nicht auch in der DDR noch Karriere gemacht hätten. In einer anderen DDR natürlich.

Den wenigsten Demonstranten in Leipzig und anderswo im selbst erklärten Arbeiter- und Bauernstaat ging es 1989 schon um die Wiedervereinigung. Man wollte Reformen, keine Revolution. Die kam dann trotzdem. Was von heute aus betrachtet unvermeidlich scheint, war damals eine Frage, die vielen zu groß schien, um sie ernsthaft zu stellen. Als der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker am 18. Oktober 1989 vom eigenen Politbüro entmachtet wurde, meinte selbst Helmut Kohl, der Nachfolger Egon Krenz werde daran zu messen sein, ob er den Weg frei mache für überfällige Reformen. Krenz versprach

ganz offiziell die „Wende“, jedoch nicht die, die dann kommen sollte. In jenem Herbst flüchteten mehr als 100.000 DDR-Bürger in den Westen und nach sieben Wochen war Schluss für Krenz und die gesamte SED – inzwischen war nämlich am 9. November die Mauer gefallen. Das ist Geschichte.

Noch immer gibt es viele Ostdeutsche, denen es lieber wäre, wenn man diesen Tag zum Nationalfeiertag gemacht hätte. Wegen der „geschichtlichen Wahrheit“. Zu der gehört allerdings auch die sogenannte Reichskristallnacht von 1938 und darum kann der 9. November kein Feiertag sein.

Also der 3. Oktober. Wegen der geplanten ersten gesamtdeutschen Wahl hatte die Bundesregierung errechnet, dass „jeder Beitrittstermin ab dem 2. Oktober 1990 sinnvoll“ wäre. Am 23. August um 2.30 Uhr verkündete dann die erste frei gewählte Volkskammerpräsidentin Dagmar Bergmann-Pohl nach einer Abstimmung, dass die DDR am 3. Oktober der BRD beitreten werde. Der Unterschied zwischen dem 9. November und dem 3. Oktober ist aber auch der Unterschied zwischen der Straße und dem Parlament. Zwischen einem Datum, das er-

kämpft wurde, und einem, das beschlossen wurde. Im Ausland sagen manche, die Deutschen wären auch dann noch ordentlich und vorschriftsmäßig, wenn sie eine Revolution machen. Trotzdem hat man es in Leipzig immer noch nicht geschafft, ein Einheitsdenkmal zu errichten. Dort waren bei der Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 mehr als 70.000 Menschen auf die Straße gegangen, um gegen das SED-Regime zu demonstrieren.

Jetzt eben wurde vom Umfrageinstitut infratest-dimap ermittelt, wie die Deutschen die Wiedervereinigung bewerten. Herausgekommen ist die Schlagzeile „Ostdeutsche sehen Einheit positiver als Westdeutsche“. Gefragt wurde allerdings ganz explizit nach den persönlichen Vor- und Nachteilen. 74 Prozent der Ostdeutschen sehen also, dass sich ihre Lage verbessert hat. Im Westen sehen das „nur“ 48 Prozent so. Wenn man sich die Veränderungen im persönlichen Lebensstandard ansieht und an die „Transferleistungen“ von jährlich 100 Milliarden Euro denkt, ist diese Quote allerdings bemerkenswert. Und das zeigt auch, dass man die Wiedervereinigung nicht nur mit dem Taschenrechner beurteilen sollte.